

## **GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER MONDORFER**

### **GRUPPE:**

Mondorf-les-Bains, den 9. November 1992

#### **Herrn Minister Johny Lahure**

Minister für Gesundheit, Soziale Sicherheit, Sport und Jugend  
**Großherzogtum Luxemburg**

#### **Frau Ministerin Christiane Krajewski**

Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales,  
**Saarland**

#### **Herrn Staatsminister Ullrich Galle**

Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit,  
**Rheinland-Pfalz**

#### **Herrn Präsident Gérard Longuet vertreten durch Vize-Präsident Jean-Marie Demange**

verantwortlich für internationale und grenzüberschreitende Angelegenheiten  
**Lothringen**

Der Suchtmisbrauch ist in den vergangenen Jahren besorgniserregend gestiegen und hat sich zu einem länderübergreifenden Problem entwickelt. Zunehmend sind junge Menschen betroffen.

Internationale Drogenkartelle drängen verstärkt auf den europäischen Markt. Neben angebotsreduzierenden Maßnahmen der Rauschgiftbekämpfung ist der weitere Ausbau der Suchtprävention und des Hilfesystems für Suchtkranke notwendig. Die damit verbundenen sozial- und gesundheitspolitischen Anstrengungen machen ein gemeinsames Handeln dringend erforderlich.

Im Hinblick auf das Zusammenwachsen Europas sind daher auch die Staaten der Europäischen Gemeinschaft dazu aufgerufen, abgestimmten Handlungsstrategien und Maßnahmen gegen die Suchtgefahren zu konkretisieren. Insbesondere in grenznahen Bereichen ist eine länderübergreifende Zusammenarbeit dringend erforderlich.

Die zuständige Fachministerin Christiane Krajewski, die jeweiligen Fachminister Johny Lahure und Ullrich Galle sowie Präsident Gerard Longuet begrüßen und unterstützen die mit der "Europäischen Woche der Suchtprävention" eingeleiteten Maßnahmen.

Die "Europäische Woche der Suchtprävention" hat zum Ziel, die bestehenden Probleme des Drogen- und Rauschmittelmissbrauchs stärker in das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit zu bringen. Gleichzeitig wird damit deutlich gemacht, dass der Suchtprävention im Kontext der Maßnahmen gegen den Suchtmittelmissbrauch eine besondere Bedeutung zukommt. Die "Europäische Woche der Suchtprävention" ermöglicht es, in Zusammenarbeit mit Fachkräften aus verschiedenen Ländern, Initiativen für eine verstärkte Kooperation der Suchtprävention zu entwickeln und umzusetzen. Aufgabe der "Europäischen Woche der Suchtprävention" ist insbesondere auch, eine länderübergreifende Zusammenarbeit in der Suchtprävention anzustoßen und eine dauerhafte Kooperationsebene zu schaffen.

Die Ministerin, die Minister und der Präsident erklären übereinstimmend, dass Suchtprävention

- zu berücksichtigen hat, dass junge Menschen heute in einer sehr komplexen und konsumorientierten Gesellschaft aufwachsen, in der Drogen unterschiedlichster Art alltäglich und verfügbar geworden sind;
- von einem weit gefassten Drogenbegriff ausgehen muss, der legale und illegale Drogen einschließt;
- schon weit im Vorfeld süchtigen Verhaltens junger Menschen ansetzen muss und wo Präventionskonzepte, die auf Abschreckung oder alleinige Informationsvermittlung beruhen, zu kurz greifen;
- jungen Menschen die Einstellungen und Handlungskompetenzen vermitteln muss, die zur Lösung alltäglicher und nicht alltäglicher Probleme befähigen;
- ursachenorientiert an der Lebenswelt der Jugendlichen ansetzen muss und es erforderlich ist, Jugendlichen Lernfelder und Möglichkeiten zu eröffnen, die ihnen eine aktive Teilhabe an der Gestaltung des eigenen

sozialen Umfeldes und der Gesellschaft ermöglichen.

Suchtprävention in diesem umfassenden Sinne kann nicht allein von einigen Fachkräften oder Institutionen geleistet werden, sondern setzt die aktive Mitwirkung aller an der Erziehung, Bildung, Ausbildung und Betreuung junger Menschen Beteiligten voraus. Die Größenordnung des Problems macht es erforderlich, dass sich heute jeder einzelne mit der Suchthematik auseinandersetzt

- sowohl bezogen auf die eigene Person
- aber auch im Hinblick auf andere, u. a. aufgrund der Vorbildfunktion oder im Sinne der "Hilfe zur Selbsthilfe" durch Unterstützung bei der Bewältigung von Konfliktsituationen.

Die im Zusammenhang mit der "Europäischen Woche der Suchtprävention", in Luxemburg, in Rheinland-Pfalz, im Saarland und in der Region Lorraine durchgeführten Maßnahmen im außerschulischen und schulischen Bereich lassen die Vielfältigkeit der Suchtprävention erkennen.

Die Ministerin, die Minister und der Präsident der fachlich zuständigen Ressorts, der Bundesländer Saarland, Rheinland-Pfalz, vom Großherzogtum Luxemburg und der Region Lorraine erklären sich bereit, die Zusammenarbeit zu intensivieren und eingeleitete Projekte fortzuführen.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung weiterer suchtpreventiver Maßnahmen im Jahr 1993 ist u. a. vorgesehen

- gemeinsames und einheitliches Vorgehen bei der Erhebung von Daten über den Suchtmittelmissbrauch als Grundlage für weitere Planungen;
- Austausch von Fachkräften der Suchtprävention;
- sowie die gemeinsame Planung und Umsetzung präventiver Maßnahmen in grenznahen Regionen.

Die zuständige Fachministerin und die zuständigen Fachminister sowie der Präsident heben hervor, dass Suchtprävention, will man ihrer tatsächlichen Bedeutung Rechnung tragen, zukünftig stärker in ein umfassendes Konzept länderübergreifender Gesundheitsförderung einzubinden ist.

## **GEMEINSAME ERKLÄRUNG DER MONDORFER GRUPPE:**

Mondorf-les-Bains, den 9. November 1998

**Frau Ministerin Dr. Rose Götte**

Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen  
**Rheinland-Pfalz**

**Frau Ministerin Barbara Wackernagel-Jakobs**

Ministerium für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales  
**Saarland**

**Herrn Minister Dr. Georges Wohlfahrt**

Minister für Gesundheit und Sport  
**Großherzogtum Luxemburg**

**Frau Bernadette Malgron**

vertreten durch den beigeordneten Prefekten für Sicherheit und  
Verteidigung der  
"Zone de Défense Est Région Lorraine"  
**Herrn Didier Petetin**

**Herrn Minister Karl-Heinz Lambertz**

Minister für Gesundheit  
**Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens**

Suchtmittelmissbrauch und -abhängigkeit ist ein sozial- und gesundheitspolitisches Problem von erheblichen Ausmaßen.

Die negativen Folgen im Zusammenhang mit dem Suchtverhalten sind vielseitig: physische und psychische Schäden, das individuelle Leiden aber auch das der Familien und des sozialen Umfeldes, das Zerstören der Lebens- und Berufswünsche.

Mit der « Europäischen Woche der Suchtprävention » will die Kommission der Europäischen Gemeinschaft ein deutliches Zeichen für eine verstärkte Zusammenarbeit in diesem Bereich setzen.

Die Ministerinnen und Minister des Großherzogtums Luxemburg, der Länder Rheinland-Pfalz und Saarland, der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens sowie der Region Lorraine unterstützen die mit der « Europäischen Woche der Suchtprävention » eingeleiteten Maßnahmen und betonen die Notwendigkeit die

länderübergreifende Zusammenarbeit in grenznahen Bereichen weiter auszubauen.

Mit der « Europäischen Woche der Suchtprävention » wird die Problematik des Suchtmittelmissbrauchs in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gebracht und die Bedeutung der Suchtprävention unterstrichen. Die in den vergangenen sechs Jahren entstandenen Kooperationsformen zwischen den Fachkräften der einzelnen Länder gilt es weiterhin zu unterstützen und auf Dauer anzulegen.

Die Ministerinnen, die Minister und der Préfet Délégué unterstreichen die in der « Mondorfer Erklärung » von 1992 zugrundegelegten Prinzipien der Suchtprävention und verweisen auf gesellschafts- und sozialpolitische Entwicklungen der vergangenen sechs Jahre, die eine Fortschreibung dieser Prinzipien erforderlich machen.

Begreift man Suchterkrankung als Beziehungsstörung, ist die Förderung von Konflikt- und Beziehungsfähigkeit ein zentrales Element suchtpräventiven Handelns. Die Vermittlung von sozialen Kompetenzen, Beziehungsfähigkeit, Selbstwertgefühl und einem realistischen Selbstbild tragen dazu bei, angemessene Bewältigungsstrategien zu entwickeln und Konflikte nicht durch die Flucht in eine (Suchtmittel-) Abhängigkeit scheinbar lösen zu wollen. Suchtprävention muss daher frühzeitig ansetzen, grundsätzlich suchtmittelübergreifend angelegt sein, kontinuierlich und kooperativ umgesetzt werden.

Die zunehmende Pluralisierung der Gesellschaft und die damit einhergehende Individualisierung kann insbesondere für Kinder und Jugendliche mit stärker werdenden Belastungen verbunden sein. Diese Belastungen werden deutlich vor dem Hintergrund unsicherer Beziehungen, wechselnder Arbeitsstellen und Lebensentwürfe der Eltern sowie in schwer einschätzbaren und angstauslösenden Zukunftsperspektiven. In dieser komplexer werdenden Welt brauchen Kinder, Jugendliche und Erwachsene Unterstützung um Entwicklungs- und Lebensaufgaben zu bewältigen.

Die Ministerinnen, die Minister und der Präfekt der zuständigen Ressorts der Bundesländer Saarland und Rheinland-Pfalz, der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, des Großherzogtums Luxemburgs und der Region Lorraine erklären sich bereit, die derzeitigen Projekte fortzuführen und die bestehende Zusammenarbeit zu intensivieren.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung weiterer suchtpreventiver Maßnahmen werden folgende Ziele in den kommenden Jahren angestrebt:

- Eine Zusammenarbeit bei der Erhebung und Harmonisierung von epidemiologischen Daten in Verbindung mit Suchtmittelmissbrauch. Diese Daten sollen den Planungsinstanzen Orientierung für weitere Entscheidungen bieten.
- Die Fortführung des Austauschs von Fachkräften auf den Gebieten der Prävention und die Einbeziehung der Fachkräfte aus den Bereichen Behandlung und Nachsorge.
- Die Entwicklung und Durchführung von fachübergreifenden, innovativen und partizipativ orientierten Weiterbildungsprogrammen. Diese Programme sollen den Bedürfnissen der Fachkräfte vor Ort Rechnung tragen, ihnen aber auch einen globalen Zusammenhang vor dem Hintergrund nationaler und lokaler Besonderheiten vermitteln.
- Die Schaffung eines direkten Kommunikationssystems, das den Fachkräften erlauben wird über einen erweiterten Analyse- und Reflexionshorizont zu verfügen.
- Die Aufrechterhaltung der Zusammenarbeit bei der Planung, Umsetzung und Evaluation präventiver Maßnahmen in den Grenzregionen und die Ausweitung dieser Kooperation auf die Bereiche Behandlung und Nachsorge.

Die zuständigen Ministerinnen, Minister und der Préfet Délégué heben hervor, dass die Entwicklung und Umsetzung langfristiger tragfähiger Konzeptionen und Projekte die Vernetzung bestehender Hilfesysteme im Sinne einer bestmöglichen Prävention bedingen.